



Freidemokrat Mischnick
„Viele haben bis zuletzt geschwankt“

- ▷ die Anhebung der Beamtgehälter im nächsten Jahr ein Prozent unter den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst bleiben (eine Milliarde);
- ▷ der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent angehoben werden (3,2 Milliarden Mark).

Zusammen mit den gut zwei Milliarden, die nach den bisherigen Plänen bei Steuervergünstigungen und Subventionen gekürzt werden sollen, würden sich so über 13 Milliarden Mark anhäufen.

Vor allem das Angebot der Liberalen, den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung zu liften, ließ die Sozis aufhorchen.

In Mischnicks Gesamtofferte erkannten die Sozialdemokraten zudem unschwer ein altes Konzept ihres neuen Arbeitsministers. Schon in der letzten Woche hatte Heinz Westphal intern den Charme eines solchen Modells gepriesen: Mit dem höheren Beitrag würden Arbeitnehmer und Unternehmer zu gleichen Teilen belastet, die Rentner müßten ihren Zuschuß zur Krankenversicherung leisten und die Beamten, die keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen, auf Einkommen verzichten. Eine Forderung an die Sparaktion, daß möglichst alle Gruppen gleichermaßen ihren Beitrag leisten, wäre damit erfüllt.

Als sich einen Tag später, am Donnerstag, die SPD-Teilnehmer der Koalitionsumrunde zusammen mit Wirtschafts- und Sozialexperten der Fraktion beim Kanzler trafen, kam sogar der Gedanke auf, gleich kräftig hinzulangen. Wenn schon eine Beitragserhöhung, so überlegten die Sozis, dann doch gleich um ein volles Prozent. Ob die Kürzungen bei Subventionen und Steuervergünstigungen durchsetzbar sind, sei ohnehin fraglich. Da würden gut sechs Milliarden Mark mehr Beiträge in der Arbeitslosenversicherung Luft verschaffen.

Selbst wenn der Mutterschaftsurlaub, was wahrscheinlich ist, nicht abgeschafft

wird – und das Kindergeld unangetastet bleibt, selbst wenn der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nur um ein halbes Prozent steigen sollte – kompromißfähige Sparvorschläge gibt es genug.

Einsparungen und höherer Beitrag würden nicht nur ausreichen, die Nettokreditaufnahme auf eine Kompromißmarke zwischen 26 und 28 Milliarden zu senken, es könnten sogar noch einige hundert Millionen für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung abfallen.

Alles könnte sein, wenn Genscher tatsächlich bereit ist, sich zu verständigen. Manche Liberale im Vorstand aber hat es sehr irritiert, wie der Vorsitzende immer noch versucht, den Sozialdemokraten die Schuld am Niedergang der FDP in der Wählergunst zuzuschieben. „Wer stellt denn den Kurs der Regierung in Frage?“, so Genscher. Und er wußte auch die Antwort: „Das ist doch der größere Partner.“

Erstaunt vernahmen die Vorstände, daß allein die Union Genschers Politik unterstütze, nicht einmal auf die eigene Partei sei Verlaß. Immer wieder, so hielten die Gegner des Wechsels dagegen, zeige sich doch, in der Außen- wie in der Wirtschaftspolitik, daß die Union selbst gar keine eigene Linie durchhalten könne.

Vor allem ist gerade in der letzten Woche klar geworden, daß Franz Josef Strauß wieder vor den Toren steht (siehe Seite 24). Dregger also doch der Wegbereiter für Strauß, dem die FDP jetzt plötzlich in Bonn zur Macht verhelfen will?

Zumindest für einen Liberalen keine Frage. „Wir können den Kurswechsel in Hessen nur machen“, verkündete Genscher-Vorgänger Walter Scheel letzte Woche in Klartext, „als Beginn einer großen Wende. Dann ist das auch politisch zu motivieren.“



Freidemokrat Hoppe
„Das wird zum Buschfeuer“

HESSEN

Macht der Liebe

In Hessen haben die Freidemokraten den Schwenk zur CDU beschlossen, aus nackter Existenzangst.

Der Versammlungsort war schon gut gewählt. Zu ihrem Landesparteitag kamen die hessischen Freien Demokraten nach Darmstadt, wo laut Verkehrsamt „wagemutige Experimentierfreudigkeit“ zu Hause ist, ins „Luisen-Center“, ein Kongreßgebäude, dem der Prospekt „flexible Nutzungsmöglichkeiten“ nachsagt.

Ein Experiment, das behende Wendigkeit erforderte, wurde denn auch daraus. Am „Tag der Deutschen Einheit“, am Donnerstag voriger Woche, fiel die Hessen-FDP in zwei Lager auseinander und entschied sich mit knapper Mehrheit, die politische Richtung zu wechseln.

Statt der SPD, mit der sie in der Landeshauptstadt Wiesbaden seit zwölf Jahren anstandslos die Regierung betreibt, bot sich die liberale Partei vor der Landtagswahl am 26. September der CDU des Alfred Dregger als Partner an – 169 Delegierte folgten diesem Leittrag ihres Vorstands, der sich am Vorabend auch nur mit 14 gegen zehn Stimmen entschieden hatte; immerhin 129 wollten auf dem bisherigen Kurs bleiben und waren dagegen.

Die Entscheidung, anderntags in westdeutschen Blättern als „Kamikaze“ und „Taktik am Abgrund“ eingestuft, traf Hessens sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Holger Börner nicht gerade unvorbereitet. Schon gleich nach dem Hamburger Wahldesaster von Anfang des Monats hatte der hessische FDP-Chef und Innenminister Ekkehard Gries, der sich sonst „immer als Sozialliberaler verstanden“ hatte, auf dem Absatz kehrtgemacht: „Der Trend ist jetzt klar“ (siehe Interview Seite 22).

Damit war die letzte SPD/FDP-Koalition in einem Bundesland am Ende, und schon die Eröffnungsrede von Gries in Darmstadt machte klar, daß dem Parteitag nur eine taktische, keine programmatische Anstrengung abverlangt wurde, vor allem keine, die etwas mit hessischer Politik zu tun haben würde.

Zwar behauptete Gries namens der Mehrheit des Landesvorstands: „Für die Fortsetzung einer Koalition mit der SPD in Hessen fehlt das Vertrauen in die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Sozialdemokraten.“ Doch Belege dafür konnte er nicht nennen. Vergeblich fragte Andreas von Schoeler, Parlamentarischer Bonner Staatssekretär und stellvertretender hessischer FDP-Vorsitzender, seit wann denn das gelte – seit zehn Jahren, zehn Monaten oder den zehn Tagen seit Hamburg.

Was Gries statt dessen nannte, war die „Bewältigung der schwierigen wirt-

schafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen der achtziger Jahre“, Fragen also, die nicht in Wiesbaden, sondern in Bonn zu beantworten sind. Jedoch, was Bonn angeht, erhob die Gries-Mehrheit der hessischen FDP die „unverzichtbare Forderung“, daß eine CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden „die von der FDP mitgetragene Bundesregierung auch im Bundesrat unterstützt“ – mit Alfred Dregger für Helmut Schmidt, ein Gries-Gram, wer daran nicht glaubt.

Wo es wirklich langgeht mit den hessischen Liberalen, machte Klaus-Jürgen Hoffie klar, der seit einem Jahr im hessischen Kabinett als Wirtschaftsminister fungiert und dem die ganze Richtung schon seit 1977 nicht mehr paßt. Damals ging den Sozialdemokraten die Metropole-Frankfurt an die CDU verloren, und Hoffie sah voraus, daß dies womöglich der Anfang vom Ende einer SPD-Ära war, die unter dem Motto „Hessen vorn“ gestanden hatte.

Für ihn galt von da an, daß wenigstens die FDP vorn und dran bleibt, und es war seine konservative Truppe, die dafür stand, daß erst einmal kommunale Koalitionen mit der CDU geknüpft wurden, wo immer es ging. In Darmstadt ließ

Hoffie vergangene Woche nicht ein gutes Haar am sozialdemokratischen Partner, dem er einen Rückfall in die Zeit „vor Godesberg“ vorwarf: „Da läßt die sozialistische Klamottenkiste grüßen.“

Aus welcher Kiste Dregger grüßen läßt, der den hessischen Liberalen nachsagt, sie hätten gemeinsam mit der SPD die „übelste, niederträchtigste, hinterhältigste und schädlichste Politik“ beispielsweise im Bildungswesen betrieben, umschrieb Hoffie mit einem selbstgefertigten Aphorismus: „Die CDU ist keine Macht der Liebe, sie wird durch die Liebe zur Macht getrieben“ – jedwede Macht aber „soll gebrochen bleiben“.

Da half der Hinweis des sozialliberalen Schoeler, das bedeute doch wohl, „den Wahlkampf gegen uns selbst zu führen“, nur noch wenig. Zwar fand Schoeler, er habe „mindestens zehn Delegierte umgedreht“, doch blieb die Mehrheit dabei, daß „die Wahl Dreggers die geschickteste Form der Verhinderung seiner Politik“ darstellt, wie Jurist Schoeler ironisch formulierte.

Die hessischen „Jungen Liberalen“ sind sich da schon sicher. Für sie „eröffnet gerade das rechte Image von Dregger der FDP die Chance, Profil als ausglei-

chende Kraft und als die einzige Verfechterin des Liberalismus zu gewinnen“. Und: „Dieser Gesichtspunkt könnte zu einem wichtigen Wahlmotiv zugunsten der FDP werden.“

Einmal auf den rechten Trab gebracht, fanden immer mehr Parteitagsredner ein Argument für diesen Wechselkurs. Sogar die französischen Sozialisten mußten dafür herhalten, daß mit den Sozialdemokraten in Hessen nichts mehr anzufangen ist. Einer kannte auch schon den massenpsychologischen Effekt der Kehrtwendung: Dadurch, endlich, „werden die Wähler wieder auf die FDP aufmerksam“.

Bei der Diskussion um „die weitere Existenz und die Gestaltungsmöglichkeit der Partei“, so Gries, war nur noch von der Existenz die Rede; Gestaltung, Programm und politische Position blieben Nebensache.

Die Delegierten diskutierten, bis sie schwarz wurden und trafen nach sechs Stunden eine Entscheidung, die schier „von Angst diktiert“ war, die FDP-Generalsekretär Günter Verheugen schon vorab definiert hatte – die Angst, daß mit der SPD zusammen derzeit Wahlen nicht zu gewinnen sind.

„Wir können auch in Hessen rausfliegen“

SPIEGEL-Interview mit dem hessischen FDP-Landesvorsitzenden Ekkehard Gries über den Schwenk zur CDU

SPIEGEL: Herr Minister, Sie haben auf dem Parteitag der hessischen Liberalen am Donnerstag vergangener Woche die „faire, partnerschaftliche und erfolgreiche Zusammenarbeit“ mit der SPD herausgestellt. Gleichzeitig stimmten Sie mit der Mehrheit für eine Koalition mit der CDU Alfred Dreggers. Bitte, erklären Sie uns diesen Widerspruch.

GRIES: Mir war seit längerer Zeit klar, und dabei war Hamburg nur ein Markstein, daß innerhalb der FDP die Mitglieder und die Delegierten die Fortsetzung einer sozialliberalen Koalition nicht mehr beschließen würden.

SPIEGEL: Warum nicht?

GRIES: Aus zwei Gesichtspunkten. Man sieht doch zunehmend Meinungsunterschiede zwischen Sozialdemokraten und Liberalen, gerade in dem wichtigsten Problembereich der 80er Jahre: Wirtschaftspolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Finanzierung der Sozialpolitik. Hier glaube ich, daß es mit der CDU schneller und einfacher und reibungsloser geht.

SPIEGEL: Aber mit der SPD in Wiesbaden hatten Sie doch kaum Schwierigkeiten. Probleme wie in Bonn gab es mit dem hessischen Partner nicht.

GRIES: Wir haben ja auch über die Grundentscheidung bei der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik nicht auf Landesebene zu entscheiden. Aber die Entscheidung des einzelnen Delegierten wird natürlich aufgrund dieser politi-

schen Großwetterlage geprägt. Dazu kommen aber auch Mehrsprachigkeiten der SPD in der Friedens- und Sicherheitspolitik.

SPIEGEL: Sie haben immer wieder betont, daß die Koalitionsaussage eine rein hessische Angelegenheit sei. Sie nennen aber ausschließlich bundespoliti-

sche Reibereien als Grund für die Kursänderung. Will Hessens FDP vor allem den Machtwechsel in Bonn vorbereiten?

GRIES: Im Gegenteil, wir wollen aus Hessen heraus die Position der sozialliberalen Bundesregierung stärken. Wir wollen verhindern, daß die CDU im Land die absolute Mehrheit bekommt, weil dann die Zweidrittelmehrheit für die Union im Bundesrat gegeben ist.

SPIEGEL: Sie wollen also in Hessen dem CDU-Vorsitzenden Dregger zur Macht verhelfen, gleichzeitig aber die sozialliberale Koalition in Bonn stützen. Muß das dem Wähler nicht wie ein Witz vorkommen?

GRIES: Nein, warum eigentlich? Wenn im Saarland die FDP mit der CDU zusammengegangen ist, dann hat das ja nachweisbar auch zu dem Ergebnis geführt, daß in Bundesrat oder Vermittlungsausschuß Ergebnisse erzielt werden konnten, die der Bundesregierung die Weiterarbeit ermöglicht haben. Also von daher gibt es da keine Unlogik.

SPIEGEL: Das wird der Wähler kaum kapieren. Müssen Äußerungen wie „Die FDP geht mit dem, mit dem es geht“ nicht eher den Eindruck erwecken, daß es den Freidemokraten nicht mehr um liberale Politik, sondern nur um Machtbeteiligung und Ministerposten geht?

GRIES: Die FDP geht nur mit dem, mit dem sie im sachlichen und program-



Hessischer FDP-Chef Gries*
„Was begreift der Wähler?“

* Auf dem FDP-Parteitag am 17. Juni in Darmstadt.